

Ludwig Watzal

Politische Bildung und Grundgesetz

Der „Kitt“ einer Gesellschaft, insbesondere postmaterieller Provenienz, sind immer noch „antiquierte“ Werte und Normen, die ein solches Gebilde zusammenhalten. Dieses Werte- und Normengefüge wird von den politisch Verantwortlichen immer dann beschworen, wenn ihnen das Wasser gesellschaftlich bis zum Halse steht. In Krisenzeiten wird der Ruf nach wertorientierter politischer Bildung immer wieder laut, als ob hier ein Reparaturbetrieb für das Versagen der politischen Elite jederzeit abrufbereit stünde. Mit Wertorientierungen verhält es sich nicht wie mit Wenn-dann-Kausalitäten, die nicht wie erstere der permanenten Pflege durch glaubwürdiges politisches Handeln bedürfen.

Der politischen Bildung in Deutschland sind in den letzten Jahrzehnten nur wenige Glücksmomente beschieden gewesen. Zu oft mußte sie gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen im nachhinein korrigieren, da blieb wenig Zeit zur Reflexion über ihre ureigentlichen Aufgaben. Diese Arbeit wurde nun von *Joachim Detjen*, Professor für Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, nachgeholt und geleistet. Was der Autor in dreijähriger mühseliger Kleinarbeit an Material zusammengetragen und analytisch verarbeitet hat, verdient höchstes Lob:

Joachim Detjen: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, Oldenburg, München 2007, 510 S.

Das Unterfangen *Detjens* ist mehr als anspruchsvoll: Von der Antike bis zur Gegenwart zeichnet er die wichtigsten Entwicklungslinien der politischen Bildung nach. So war es für die Antike selbstverständlich, daß der Einzelne zu einem tüchtigen Bürger seines Gemeinwesens erzogen werden müsse. Mag dieses Ziel für heutige Ohren antiquiert klingen, so kann es doch eine gewisse zeitlose Gültigkeit für sich reklamieren. Viele Ziele staatlicher politischer Bildung müssen natürlich aus ihrer Zeit heraus gesehen und verstanden werden. So kann politische Bildung mit der Erziehung zur „Untertanenhaltung“ heute zu Recht nichts mehr anfangen. Der mündige, kritische Bürger, der zivilgesellschaftliches Engagement an den Tag legt, ist das angestrebte Ideal. Aber auch dieses Leitbild bedarf eines gewissen Fundaments, und dies liefert *Detjen*. Unwidersprochen wird es gewiß nicht bleiben, aber es ist ein Angebot, an dem man ohne gewichtige Argumente nicht vorbeikommen wird.

Das Buch hat nicht nur eine imposante Gliederung, sondern auch einen gewichtigen Inhalt: Es gliedert sich in vier Hauptteile mit zahllosen Unterkapiteln. Alle sind fundiert und spannend. Besonders interessant lesen sich die ideologischen Schlachten der 1970er und 1980er Jahre. Unglaublich, mit welchem Furor dort um Konzepte und Richtung politischer Bildung oder um politische Indoktrinati-

on gestritten worden ist. Die direkt Betroffenen scheinen es aber gut überstanden zu haben. Das Problem scheint eher bei den Ideologen gelegen zu haben. Das Kapitel „Politische Bildung und Erziehung in der DDR“ zeigt, daß das Fach in den Dienst der herrschenden Ideologie gestellt worden ist. Von „Gegenwartskunde“ mutierte es 1957 zur „Staatsbürgerkunde“ und wurde 1959 in „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ umbenannt. Gemäß marxistisch-leninistischer Lehre sollte eine „sozialistische Persönlichkeit“ herangebildet werden.

Detjens Ausführungen über „Politikdidaktik als Leitdisziplin der politischen Bildung“ dürften einigen Widerspruch herausfordern. Politikdidaktik sei eine normative, auf Praxis ausgerichtete Wissenschaft. So reiche das Niveau der „alltagstheoretischen Didaktik“, das Lehrer, Schüler, Eltern, Schulaufsichts- und Ministerialbeamte, ja auch Politiker über gewisse Vorstellungen hätten, nicht an das „Reflexionsniveau der wissenschaftlichen Didaktik heran“. Die Angesprochenen sind aufgefordert, sich mit den Vorbehalten gegenüber der praktischen Politikdidaktik *sine ira et studio* auseinanderzusetzen.

Mit völligem Unverständnis scheint für die heutige politische Bildung *Detjens* These zu sein, daß „die politische Bildung eine synoptische oder Integrationswissenschaft“ sei. In einer Gesellschaft, die nach dem Motto lebt: „anything goes“, haben es die Vertreter einer wertorientierten politischen Bildung allemal schwere als diejenigen, die dem Werterelativismus das Wort reden, obgleich „Wissenschaften keine diskussions- und konfliktfreien Veranstaltungen sind“. *Detjen* kritisiert den „Konstruktivismus“, insbesondere den „radikalen Konstruktivismus“. In letzter Konsequenz sieht diese Wissenschaftsauffassung das Individuum als „Autotisten“ und ist nur für die Selbsterhaltung des Systems da.

Nach diesem „radikalen Konstruktivismus“ stellt der Mensch ein „operational, geschlossenes, selbstreferentielles und autopoietisches System“ dar. Der Mensch habe keinen direkten und ungebrochenen sensorischen und kognitiven Zugang zur äußeren Wirklichkeit. Was als Wahrnehmung empfunden werde, sei in Wirklichkeit eine vom Gehirn vorgenommene Bedeutungskonstruktion. Durch Umwelteinflüsse reagiere das Gehirn nur auf sich selbst, das heißt auf aufgebaute Strukturen und Elemente. Bei dieser *Orwellschen* Konzeption geht es nicht um den einzelnen Menschen, sondern um die Erhaltung des Systems. Wenn diese Vertreter in den bestimmenden Bildungsgremien sitzen, brauchen sich die politischen Verantwortlichen nicht zu wundern, daß der Output und die Wirkmöglichkeiten der Bildungspolitik gegen Null geht.

Ein Blick ins Sachregister zeigt, wohin die Reise gehen soll: eine wertorientierte politische Bildung steht auf der Zukunftsagenda. Erziehung in all ihren Schattierungen ist dominant vertreten. Auch andere Begriffe wie Demokratie, Bildung, Freiheit, Geschichte, Herrschaft, Ideologie, Individuum, Institutionen zeigen, wohin die Reise nach Ansicht des Autors gehen soll. Mag man auch mit vielen Bewertungen *Detjens* nicht konform gehen, so sei dieses Buch doch allen politisch Interessierten, insbesondere denen in diesem Bereich Tätigen als Pflichtlektüre empfohlen.

Auch das Buch „Die Werteordnung des Grundgesetzes“ dreht sich um die gesellschaftliche Bedeutung von Normen und Werte.

Joachim Detjen: Die Wertordnung des Grundgesetzes, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 439 S.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verstand sich nie als Verfassung im klassischen Sinne, aber es ist das beste und beständigste Verfassungsdokument, das sich die Vertreter des deutschen Volkes jemals gegeben haben. Es hat sowohl die Schwächen der Weimarer Reichsverfassung beseitigt, als auch die Konsequenzen aus der Barbarei der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezogen. Die Debatte um eine neue Verfassung stand noch einmal auf der politischen Agenda, als sich der Auftrag des Grundgesetzes erfüllte: die Wiedervereinigung Deutschlands. Von Zeit zu Zeit brandet die Diskussion um eine neue „Verfassung“ immer wieder auf. Für ein solches Dokument bedarf es keiner Eile, da auch das wiedervereinigte Deutschland mit dem Grundgesetz gut gefahren ist.

Das Grundgesetz ist eine im westlichen Kulturkreis tief verwurzelte Verfassung. Seine Bedeutung kann nur erfaßt werden, „wenn es in seiner instrumentalen Funktion zur Realisierung zugrundeliegender Werte begriffen wird“. Sie bilden das innere Band, das die Verfassung zusammenhält, und sind für den Erfolg des Grundgesetzes mitverantwortlich. Diese Werte scheinen dem Verfassungsgeber so wichtig gewesen zu sein, daß er sie in diesem „Normengebäude“ verankert hat.

Joachim Detjen gehört zu den Vertretern einer normativ ausgerichteten politischen Wissenschaft. Gesellschaftlich galten und gelten Werte und Normen immer noch als antiquiert. Umso mutiger und überzeugender wirkt das Buch des Autors, der sich nicht scheut, deutlich die Wertgebundenheit des Grundgesetzes zu betonen - und diese auch in ihrer Verwurzelung im Naturrecht hervorzuheben. Seine These, daß die Werte den Erfolg des Grundgesetzes mitbewirkt haben, sollte den politisch Verantwortlichen zu denken geben, die den „Königsweg“ in einer Hip-Hop- und Eventkultur sowie in der virtuellen Welt des Internets zu sehen scheinen. Er könnte sich ebenso als Fata Morgana erweisen wie weiland die „New Economy“.

Der Autor hat keinen „Grundgesetz-Kommentar“ geschrieben. Dazu hätte ihm auch die Sachkompetenz gefehlt. Was er getan hat, ist viel wichtiger, da er die Bedeutung des Grundgesetzes für die Träger der staatlichen Bildung hand- und mündgerecht aufgearbeitet hat. Diese brauchen seine Handreichungen nur noch in ihren Unterricht oder die Gremienarbeit einführen. Ob an diesen Stellen jedoch Repräsentanten mit den dazugehörigen wertorientierten Einstellungen sitzen, muß offen bleiben.

Um welche „antiquierten“ Werte handelt es sich, die das Grundgesetz zum Erfolgsmodell Deutschlands gemacht haben? In sieben Kapiteln breitet der Autor einen Wertekanon aus, der als permanenter Auftrag der staatlichen Bildung vorgegeben sein sollte. *Detjen* unterscheidet „Verfassungslegitimierende Werte“, „Lebenswelt-, gesellschafts- und politikprägende Werte“, „Staatliche Ordnungs-

werte“ und „Politische Zielwerte“. Zu ersteren gehören Menschenwürde, Leben, Innere Sicherheit, Individuelle Freiheit, Rechtsstaatliche Gleichheit, Soziale Gerechtigkeit, Volkssouveränität und Demokratie. Zur zweiten Kategorie zählen u. a. Privatsphäre, Ehe und Familie, Pluralismus, Politische Partizipation. Der dritte Wertekanon umfaßt u. a. gemäßigte, begrenzte und verantwortliche Herrschaft, Rechtssicherheit und wehrhafte Ordnung. Zu den „Politischen Zielwerten“ zählen Gemeinwohl, Frieden und Umwelt.

In einem abschließenden Kapitel stellt der Autor fest, daß das Grundgesetz keine „fugenlose Einheit“ bilde, weil es ein Dokument „politischer Kompromisse“ sei. Es habe jedoch keine „unvereinbaren Grundrechte“ aufgenommen. Dies zeige, daß es mehr als andere Verfassungen „juristisch durchdacht“ sei. Ein besonderes Spannungsverhältnis bestehe zwischen „innerer Sicherheit“ und „individueller Freiheit“. Glücklicherweise hat sich auch das Bundesverfassungsgericht eindeutig auf die Seite letzterer geschlagen.

Für die staatlich verfaßte politische Bildung hat der Autor noch eine besondere Empfehlung parat: „Speziell der politischen Bildung kommt die Aufgabe zu, die Verfassungswerte weiterzugeben. Vorausgesetzt ist dabei, daß sie nicht in einem indifferenten oder gar prinzipiell-kritischen Verhältnis zum freiheitlichen Verfassungsstaat stehen, sondern sich mit dessen Prinzipien identifiziert. Ist dies der Fall, vermittelt die Orientierung an den Verfassungswerten der politischen Bildung nebenbei eine überzeugende normative Legitimierung ihrer Existenz.“

Neben dem 2007 erschienen Standardwerk „Politische Bildung“ hat der Autor mit dieser fundierten Monographie eine weitere Bresche für eine wertorientierte politische Bildung geschlagen. Wer das Grundgesetz als ein „Erziehungsprogramm“ begriffe, verfehle das eigentliche Bildungsziel, da es ein „Rechtsdokument“ sei. Die Fortexistenz dieses einzigartigen Dokuments hängt jedoch davon ab, daß die nachkommenden Generationen im Geiste seiner Werte erzogen werden. Um dieses Anliegen geht es dem Autor. Beide Bücher sollten zum dauerhaften Standardangebot aller politischen Einrichtungen gehören.

Dr. Ludwig Watzal arbeitet als freier Journalist und ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.